

und womit sie sich auf den nächsten Parteitag vertragen will. Aber Wels drückte nach provokatorischen Schreien und Drohungen mit dem Hinweis, die Statutenänderung durch ohne daß die Opposition auch nur die Feststellung der notwendigen qualifizierten Mehrheit verlangte. Das neue Statut gibt dem Parteivorstand das Recht, Ausschüsse selbständig vorzunehmen in folgenden Fällen:

1. Wenn ein Parteimitglied anderen politischen Organisationen angehört.
2. Wenn es eine andere politische Organisation oder deren Zeitungen finanziell oder durch literarische Beiträge unterstützt.
3. Wenn es an der Bildung einer organisierten Opposition teilnimmt oder Zellen bildet.
4. Wenn es gegen die Partei einen Kampf führt.

Damit ist die absolute Diktatur der Wels und Müller gegen die Opposition aufgerichtet, die völlige Anebelung der freien Meinungsäußerung in der Partei erfolgt. Nur die Scheidemänner dürfen noch in bürgerlichen Blättern schreiben. Das diktatorische Vorgehen und die Ausschlußquilloline gegen die doch so harmlose und so „wertvolle“ Opposition beweist, daß die Wels und Müller nicht einmal mehr diese Manöver brauchen können, daß sie befürchten, die Arbeiter werden, einmal in Bewegung gebracht, weitermarschieren als die oppositionellen Täuschungspolster, die Dikmann und Genossen, es beabsichtigen. Der Antrag, der die Mitarbeit an der „Internationalen Arbeiterhilfe“ als unvereinbar erklärt, mit der Mitgliedschaft in der SPD, wurde gegen zwei bis drei Stimmen angenommen.

Die „Lafette“ sächsischer Opposition unterwarf sich bedingungslos dem Standpunkt des Parteivorstandes. Mehrheit und Minderheit einigte sich auf folgender Grundlage:

„Die Entscheidung über Regierungsbildung und politische Abstimmungen trifft die Landtagsfraktion. Wenn es technisch möglich ist, sind die Landes- bzw. Bezirksinstanzen von den Entscheidungen in Kenntnis zu setzen. Die Landtagsfraktion ist den Landesparteitagen gegenüber verantwortlich und hat deren Beschlüsse durchzuführen. Die Beschlüsse der Landesparteitage können jedoch vom Parteivorstand suspendiert werden bis zur Entscheidung des nächsten Parteitages.“

Diese Konvention wird noch übertroffen durch die Tatsache, daß die Opposition bei der Neuwahl des Parteivorstandes fast reiflos ihre Stimme dem Vertreter des Sozialfaschismus und einseitigsten Exekutionärs Hermann Müller gab. Von 262 gültigen Stimmen erhielt Hermann Müller 240, Wels 234 und der vielfache Renegat Crispian 214 Stimmen. Mit ähnlichem Stimmverhältnis wurden durchweg die alten Instanzen wiedergewählt, ohne daß der lendenschwachen, speichel-lackernden Opposition auch nur ein Konzeptionsstulze bewilligt worden wäre.

Grundlosigkeit, ein wütes Durcheinander der widersprechenden „Theorien“, feige Intrigen, zynische Diktatur und hündische Kriecherei kennzeichneten diesen sozialdemokratischen Parteitag, dessen Verhandlungen meist nur die Hälfte der Delegierten, oft nur ein Drittel, folgte. Es kam wie schon, als Wels in seinem schamlosen Schlußwort glaubt konstatieren zu können, „daß niemals die Einheit und Geschlossenheit der Partei größer war als auf diesem Parteitag“. Wen will Wels täuschen?

Gewiß täuscht er nicht die Klassenbewusste Arbeiterchaft! Sie weiß, daß nie die Zeit günstiger war, wirksam Auffassung in die Reihen der SPD-Anhänger zu tragen. Gewiß versprechen ihnen heute auch die Hülftung und Müller Wunder von der Durchführung der Satveränderungspläne, zeigen sie ihnen England und Frankreich im vollsten Freiheitslicht. Aber gerade die Durchführung der Satveränderungspläne wird ein böses Erwachen der heute noch gläubigen Millionen bringen. Die SPD wird daheim als die Partei, die das deutsche Proletariat an die wirtschaftserdrückende und verarmende Diktatur der Entente-Kommisäre und der deutschen Kapitalisten vertrat hat. Der nächste politische Sturm wird das moirée Wert der SPD zum Zusammenbrechen bringen.

In die Arbeit! Den gefauften Arbeiterverratern heute schon kräftig auf den Leib gerückt, damit die zur Erkenntnis kommenden Massen sich reiflos einreihen in die proletarische Kampffront, unter Führung der einzigen proletarischen Massenpartei, der kommunistischen Partei!

Reichsbanner „Kollekt“

In Siegen in Westfalen wurde am Sonntag die Gedenkfeier unter ihrem Chef Eudendorff mit Gebrüll und Schreien wieder einmal einen Deutschen Tag gefeiert. Man schwingt wieder es in dieser Republik nicht gegen Kronprinzen, die in Potsdam und München paradierten, nicht gegen Generale, die im Krieg weggelaufen sind und jetzt inszenieren, die gibt es nur gegen Arbeiter, die ihre tote Kampfer ehren. Eudendorffs Anmarsch in Siegen wurde für die bewaffneten Schutruppen der Sozialdemokratie, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das Böbe aus der Lanze gefahren hat, ein Anlaß zur „Gegenaktion“. Aber man vollführte diese Gegenaktion vorläufig am Abend vor der Kalenkreuzparade, wo der Eudendorff mit seiner Bande von ihnen ganz ungestört blieb.

Dieser „Kampf“ des Reichsbanners gegen die Kalenkreuzer zeigt, daß ihre Abwehr der Konterrevolution nur Vorwand und Kasse ist. In Wahrheit handelt es sich bei den Schwarz-Rot-Goldenen Regimentern Böbes um die Neuaufgabe der Räteregimentarische und Reichstags.

Schühlinger, der abgelehnte sächsische Polizeioberst, rührt die Werbetrommel für das Reichsbanner, derselbe Schühlinger, von dem der „Westfälische“ erinnert, daß er vor dem Krieg ein wildes Kriegsbuch „Die Waffen hoch“ geschrieben. Jetzt ist er Pazifist und als Pazifist organisiert er zur Durchführung des Macdonald- und Ferris-Friedens die Truppen, in die er neben Sozialdemokraten möglichst viel Bürgerliche einzureihen versucht.

Schwarz-Rot-Gold, die Republik sollen sie schützen. Gegen wen? Nicht gegen Herat und Tschib und die Konterrevolution, die haben diese Republik und sogar ihre Fahne mit ihrem Präsidenten längst akzeptiert. Wohl aber gegen die Arbeiter, denn diese lehnen sich gegen die Verfassung durch den Dawes-Plan, gegen die Vernichtung ihrer Existenz durch das Gutachten der Reparationskommission auf.

Um die deutschen Arbeiter zu „beredigen“, dazu organisiert die Sozialdemokratie ihre Stoßtruppen.

Ei sind, obgleich geliebt, aber auch gemäß den Worten der SPD-Häupter selbst, Revolver im Diktator Kollets. Vom sozialdemokratischen Regiment Böbe gegen die Spartakusmänner bis zum Regiment „Kollekt“ gegen die deutschen Arbeiter führt eine gerade Linie des sozialdemokratischen Antifaschismus.

Stresemann „berichtet“ nach London.

Aus London wird berichtet: Der als renegatschiffide Organ zu betrachtende „Daily Telegraph“ sowie „Chicago Tribune“ wissen zu berichten, daß der Macdonald-Regierung von Stresemann ein ausführlicher Bericht über den deutsch-russischen Konflikt zugegangen sei. Der Zweck dieses „Berichts“ kann nur sein, die englisch-russischen Verhandlungen — nach der Meinung Stresemanns — zu „hören“, noch mehr aber, sich bei den Ententemächten durch Hervorhebung seiner „objektiven“ Ansbildern. Der Verlauf des Konflikts zeigt aber: die Heldentat Weiß hat der Sowjetregierung nicht geschadet, wohl aber der deutschen Wirtschaft.

Macdonald organisiert den Kampf gegen den Kommunismus.

Aus London wird dieser Tage berichtet: Fast unbemerkt, ohne damit die Öffentlichkeit zu treten, hat der englische Ministerpräsident Macdonald ein Komitee zur Bekämpfung des Kommunismus aus Mitgliedern seines Kabinetts gebildet. Die Hauptperson des Komitees ist der englische Kriegsminister Balfour.

Die Regierung Macdonald ist zu dieser Maßnahme durch das stetige Anwachsen der kommunistischen Bewegung Englands und der Opposition gegen die Macdonald-Regierung „veranlaßt“ worden.

In dieser „Arbeit“ also ist die „Arbeiterregierung“ des Herrn Macdonald veranlaßt worden. Macdonald der Scheidemann in England und dem Balfour sein Roske.

Gedächtnisfeier der Leipziger Arbeiterchaft.

Leipzig, 17. Juni.
Am Sonntag in Leipzig stattgefundenen Gedächtnisfeier der Leipziger Arbeiterchaft für die gefallenen Revolutionäre haben tausende Arbeiter teilgenommen. In verschiedenen Ecken sprachen die Redner zu den Versammelten und betonten, daß es heute mehr denn je darauf ankommt, im Sinne der für die Befreiung der Arbeiterklasse Gefallenen zu weilen. Es kommt der Tag, an dem die revolutionäre Arbeiterchaft ihre Vorkämpfer rächen wird.

Ähnliche Berichte laufen auch aus den anderen Teilen des Reiches ein; wir können sie nicht alle wiedergeben.

Völkisches.

In der deutschvölkischen Zeitschrift „Neues Leben“ ist ein Taschist:

Wenn Herkules oder Siegfried, wenn Wolfram u. Eidenbach, ja selbst Goethe oder Schiller zum Leben erweckt wären und etwa im Weltkrieg eine Kompagnie hätten führen müssen — sie hätten es getan. Aber Jesus Christus? Nach den Grundsätzen der Bergpredigt? Nein! Ich wage jetzt zu sagen, daß die christliche Lehre gottlos ist. Nur der Feldweibel und ähnliche Eudendorffer sind nicht gottlos, sondern gottvoll. Schließlich waren Goethe, Schiller und Eidenbach ja auch keine Juden — während Jesus Christus unter den Völkischen schon aus diesem Grunde nicht hätte Kompagnieführer werden können.

Radtisch in Mostau.

Der Führer der kroatischen republikanischen Bauernpartei in Jugoslawien, Stefan Radtsch ist in Mostau eingetroffen und erklärte in einem Interview, er habe gefunden, daß die Verhältnisse in Sowjetrußland alle seine Erwartungen übertreffen. Den nationalen Minderheiten dort selbst sei nicht bloß ihre freie Entwicklung gesichert, sondern sie werden vom Staate geradezu zur kulturellen und nationalen Entwicklung aufgemuntert. Die Sowjetregierung habe sich in ehrenhafter und aufrichtiger Weise der Bauernschaft genähert. Die landwirtschaftliche Frage nähere sich durch die Tätigkeit der Sowjetregierung ihrer Lösung.

Radtsch teilte weiter mit, daß die kroatische Bauernpartei in die Bauerninternationale in Mostau (Bauernkollaboration der Internationalen) eintreten werde.

Kurze Meldungen.

Heute beginnt in Leipzig der Hochverratsprozeß gegen die Genossen Döchner und Wueh. Beide wurden am Montag von Breslau, wo sie seit Monaten im Gefängnis gelegen hatten, nach Leipzig transportiert. Seit dem Oktober 1923 liegen die beiden Genossen in Breslau hinter den Öttern. Zuerst hatte man sie in „Schuhhaft“ gehalten — wenige Stunden vor Aufhebung des Verbots wurde die Untersuchungs-kammer mit dürftigem Material über sie verhängt.

Wie wir vor Redaktionsschluss noch erfahren, befindet sich Genosse Karl Franz in München immer noch im Hungerstreik, um die Aufhebung seiner widerrechtlichen Festhaltung zu erwirken. Der Hungerstreik dauert jetzt drei Wochen. Die bayerischen Behörden wollen den kranken Genossen zu Tode martern. (Morgen ausführlicher Bericht.)

Seit Sonntag erscheint wieder die „Rote Fahne“ in Berlin, nachdem das Verbot des Sozialdemokraten Richter abgelaufen ist.

Seit heute oder gestern erscheint auch wieder die „Sozialistische Republik“ in Köln, die von den englischen Genossen des Macdonald unterdrückt worden war. Die kommunistische Partei Englands hat eine Kampagne gegen die Unterdrückung der kommunistischen Presse durch die englische Zensurbehörde eröffnet.

In Sofia, der Residenz der faschistischen Gewaltherrschaft über Bulgarien, wurde wiederum ein Bauernabgeordneter, nämlich der Deputierte Geko Petkoff, von einem faschistischen Attentäter erschossen.

GOLGATHA.

24 Von Pawel Dorochow.
(In Buchform erschienen im Verlage f. Literat. u. Polit., Wien.)

„Es heißt schlimm, Brüder. Wir müssen Aufstand machen!“
„Warum?“
„Sie machen es wie früher, geben das ganze Land den Sowjet-Regen.“
„Wie?“
„Was?“
„Sie nennen es Aufstand und geben es den Herren.“
„Dieses kindische Gerede soll Aufstand sein! Wir pflügen sein Land, wir säen es, der Boden ist dort genau so wie bei uns.“
„Ich hab's Ihnen auf dem Landbau auch gesagt. Ich sagte Ihnen — wir bebauen das Land mit unseren Händen und mit unseren Geräten — und die Erde ist dort nicht besser wie bei uns. Stellenweise ist sie schlechter, anderwärts besser — je nach dem Boden. Es geht nicht, antworteten sie mir, es ist ein neues Gerede herabgeworfen, wir können auch das Land nicht geben. Ordnung muß sein!“
„Ord-nung?“
„Das soll eine Ordnung sein! Steuern zahlen, Abgaben zahlen! Für jeden Quadratfuß Boden sollen wir zahlen.“
„Sie haben uns das Land ohne alle Abgaben beschlagnahmt.“
„Wie oft haben wir Ihnen gesagt?“
„Wie sollen wieder die Herren das Land bekommen?“
„Das wird was sein!“
„Wir müssen uns erheben, das ist!“
Iwan Bodrych hat Besuch.
Auf dem Tisch liegt ein Kopf mit Bart, schwarze Schenkel, die Hände ringeln sich auf dem Tisch.
„Es geht trüblich und düster zu.“
Sun-jat-sen steht unter dem Fenster, mit seinem Bündel auf dem Boden.
„Radwan, Radwan, Bruder, Gutsnacht?“
„Radwan, Radwan, Bruder, Gutsnacht?“
„Sun-jat-sen, Sie sind in der Stadt. Die kleinen Copys sind Ihnen fertig.“
„Was verkauft du, Chinse?“
„Radwan, Radwan, Bruder, Gutsnacht?“
„Was hast du noch?“
„Gute Nacht, Radwan!“
„Hast du keine Zeit?“

Sun-jat-sen nicht froh mit dem Kopf.
„Gute Nacht, Bruder, Gutsnacht.“
„Sun-jat-sen wart das Bündel nieder, hockte auf dem Boden, hand es an.“
„Schau dich den an, der kommt schon keine Ware aus!“
„Du, Schwarz, willst du deiner Frau nicht ein Tuch kaufen?“
„Ein hübscherer Kaus hat zu Sun-jat-sen. Er stand eine Weile vor ihm, dachte nach. Er sah den Chinse mit trunkenem Blick an.“
„Ja, du willst du die Sowjets haben?“
„Sun-jat-sen nickte eifrig mit dem Kopf und brach freudig aus:
„Sowjets haben ja, Sowjets haben...“
Der Bauer dachte verwundert seinen Kopf und grünte verändernd.
„Siehst du, ein Heide, und weiß doch, worauf es ankommt. Du, Schwarz, — der Chinse will auch die Sowjets haben!“
„Was meinst du denn, der Chinse ist doch auch ein Prekariet, er weiß auch, was ihm Vorteil bringt.“
„Denn das ganze Dorf Sowjets bereite sich die von Mund zu Mund g-lückliche Nachricht aus:
„Habt ihr gehört — die Bauern von Slawogrodsk haben sich erheben!“
„Was du sagst!“
„Sie haben die Sowjets hinausgejagt und wieder die Sowjets eingeladen.“
„Auch bei uns wäre es an der Zeit.“
„Die Bauern von Rumenst wollen auch die Sowjets haben, und allewege haben sie sie schon eingeladen.“
„Weißt du, die Chinse...“
„Was?“
„Sie wollen auch die Sowjets haben. Ein Chinse kam zu Iwan Bodrych, als Bauer bei ihm verkauft waren, und sprach auch für die Sowjets. Wir müssen die Sowjets haben, hat er gesagt, überall sind Sowjets, nur Ihr, Radwan, habt noch das Gemüts.“
„Der Chinse ist gewiß von den Sowjeten geschickt worden.“
„Versteht sich. Das Radwan hat den Chinse geschickt er war so, damit sie ihn nicht erwischen.“
„Das meinst du auch. Der Chinse geht hier bei uns herum, die anderen heiden hat er in das nächste Dorf geschickt.“
„Er spricht überall für die Sowjets.“
„Ja ja, auch wir müssen mitmachen.“
„Und der Revolutionärs, der ist nicht dich nicht, was du,“

und wir gehen wie Blinde herum und sehen nichts.“
„Wir müssen Leute zu den Bauern von Slawogrodsk und Rumenst schicken.“
„Wir müssen zu Petruschka schicken. Petruschka ist der Hauptmacher.“
„Aber wir haben keine Waffen, was können wir ohne Waffen machen?“
„Die nehmen wir bei den Milizsoldaten. Und machen uns Panzen.“
„Die Bauern versammelten sich vor dem Kreisamt.“
„Wir wollen die Sowjets haben. Ihr müßt gehen und alle Geschäfte und Stempel übergeben.“
„Uns ist es recht. Wir gehen gern.“
Der Vorsitzende hatte einige Bedenken.
„Das geht nicht so, Bauern. Ihr müßt uns wenigstens zum Schein Gewalt antun. Ohne Widerstand dürfen wir das Amt nicht verlassen.“
„Die Bauern gingen darauf ein. Dem Vorsitzenden setzten sie eine Beule unter's Auge und den anderen Amtspersonen schlugen sie die Nasen ein.“
„Jetzt kommt her und wählt mit uns die Sowjets.“
„Man wählte Iwan Bodrych, Jakob Chykin, Peter Molobych.“
„Das gelbe Gesicht des vorübergehenden Sun-jat-sen verzog sich in viele laubende Falten.“
„Du willst ja auch die Sowjets haben, Chinse?“
„Ja, ja, Sowjet haben, Sowjet haben!“
„Siehst du, ein an, der Schlüchsigkeit will auch die Sowjets haben!“
„Sun-jat-sen schmunzelt. Er wirft sein Bündel auf den Boden und legt sich drauf.“
„Wie heißt du, Chinse?“
„Sun-jat-sen.“
„Sun-jat-sen heißt er wahrscheinlich auf russisch.“
Iwan Bodrych erhebt seine mächtige Faust.
„Genossen, geht auseinander! Wir machen gleich eine Sitzung und lassen einen Beschluß.“
„Nach einer halben Stunde ist der Beschluß fertig.“
„Da wir jetzt zu den Aufständlichen gehören, so bestimmen wir, daß bei uns ein Sowjet- und Revolutionärsrat eingeladen werden. Die Befehle werden ohne Widerrede durchgeführt. Alle, die Waffen haben, müssen sich sofort melden. Je drei Mann gehen zu den Milizsoldaten und bringen sie mitamt ihren Waffen her. Ein Widerstand darf nicht sein. Notfalls sind die Milizsoldaten zu fesseln.“

[Fortsetzung folgt]

Briefe an die Rote Hilfe.

Die ungeheuren Opfer der Klassenjustiz und die ungeheure Not der Familien der Verurteilten kommen in erschreckender Weise in den Briefen an die Rote Hilfe zum Ausdruck.

Die Frau eines Genossen, der noch über zwei Jahre lang wegen seines Eintretens für die Interessen der Arbeiterklasse im Buchhaus sitzen muß, schreibt folgendes:

„Ihre Postanweisung über 41 Mark habe ich erhalten. Mein Mann, der augenblicklich zu Hause ist, war ganz außer sich vor Freude. Die Tränen standen ihm in den Augen. Er sagte, er werde es der Partei niemals vergessen, daß sie ihm in seiner großen Not nicht im Stich gelassen habe.

Mein Mann ist nur noch ganz schwach und steht sehr schlecht da. Er muß alles daran setzen, damit er wieder zu Kräften kommt. Rätzlich mühte er sich einer schweren Operation unterziehen, er wird wohl jetzt halb wieder seine Strafe antreten müssen. Ein Jahr und drei Monate Zuchthaus und ein Jahr Gefängnis stehen ihm noch bevor.

Das ist noch eine lange harte Zeit für uns, aber wir haben ja schon sehr vieles durchgemacht müssen. Und ich hoffe, daß auch diese Leidenszeit überstanden wird. Wenn nur mein Mann gesund bleibt. Nochmals Tausend Dank an Sie.

„Eine andere Genossin schreibt: Ich will Ihnen sofort mitteilen, daß ich heute Ihre liebe Geldunterstützung erhalten habe. Nun sitzt mein Mann bereits seit drei Monaten in Schuchhaft und seit Sonnabend ist er in Untersuchungshaft gesteckt worden.

Ich bin schon ganz frohlos, denn ich sitze mit meinen lieben Kindern ganz ohne Ernährer da. Heute wird ja nicht gestagt: „Sagst du Brot, und hast Du was für die Kinder zu essen?“ Die vielen Sorgen Tag und Nacht, die ich mit meinen Kindern durchmachen muß, sind für mich eine schreckliche Pein.

Aber ich habe den Glauben, daß auch die bösen Stunden zu Ende gehen werden und daß für uns wieder Sonnenschein kommt. Jetzt geht es uns wenigstens einigermaßen, weil Sie uns unterstützen. Aber im letzten Monat hatten wir überhaupt kein Brot und keinen Pfennig Geld und dabei schrieen die lieben Kinder immer nach Brot.

Ich bin Ihnen tausend Dank schuldig für Ihre liebe Hilfe in meiner großen Not.

Genossen, habt Ihr diese Briefe gelesen? Das sind nur zwei Briefe an die Rote Hilfe; aber es gibt Tausende. Ihr seht, daß die Unterstützung der Roten Hilfe den Opfern der weißen Justiz, ihren Weibern und Kindern große Erleichterung bringt; sie lassen wieder Mut und neue Kraft, wenn ihnen geholfen wird.

Das muß Euch Genossinnen und Genossen zu erhöhter Werbetätigkeit anspornen. Ihr müßt vor allem an alle Kollegen in den Betrieben, in den Lokalen usw. Euch wenden, damit die ganze Arbeiterwelt mobilisiert wird. Fordert sie auf, zu geben — und wenn es nur 2 Groschen sind. Helft!

Mord und Leichenschändung durch die deutsche Polizei.

Während des Attentatsprozesses auf den General von Seekt sagte der Generalkarlsanwalt, daß man angehörs der Bilder, die der Prozeß entrollt habe, das Gefühl habe, das Treiben von Landsknechtshorden während des 30-jährigen Krieges vor sich zu haben. Das stimmt. Ein gleiches muß aber feststellen, wenn man den Bericht hört über die Ermordung des Genossen „Harrn“ in Neubrandenburg in Medlenburg. Der Genosse Harrn war, wie das in Deutschland so üblich ist, „auf der Nacht erschossen“ worden. Den Schwerverwundeten transportierte man aber nicht nach dem Krankenhaus, wo er noch zu retten gewesen wäre, sondern nach der Volkswache. Dort folterte man den Sterbenden, um seinen Namen zu erfahren. Er blieb eine Stunde ohne Verband liegen. Im Krankenhaus setzte man trotz energischen Protestes des Arztes die Folterung fort. Man strich dem Sterbenden Kammer auf die Augenlider, um ihn seinem Todeschlaf zu entreißen. Aber „Harrn“ nahm seinen Namen mit in den Tod. Die Polizei schreibt auch vor einer Leichenschändung nicht zurück. Die Kriminalkommission zogen dem Toten noch einmal Anzug, Schloß, und Kragen an, photographierten ihn und nahmen von der Leiche sogar Ainaerabdrücke. Dann zog man ihn wieder aus, wollte ihm selbst das Hemd nicht lassen und packte ihn in eine Holzkiste. Die Arbeiterklasse aber sorgte für einen Sarg und eine ehrenvolle Beerdigung des namenlosen, tapferen, roten Soldaten. Diese Zustände über-treffen bei weitem noch die Verhältnisse, die während des 30-jährigen Krieges in Deutschland herrschten. Damals wurden die Menschen wenigstens bloß foltergeschlagen, heute aber werden die Leichen auch noch geschändet. Vor diesen Zuständen in Deutschland paßt jeden das Grauen.

Wieder ein Zeitungsverbot.

Das tschechische Ministerium des Innern hat das kommunistische „Tschingische Volksblatt“ bis 3. Juli verboten. Gründe? Darüber schweigt die Meldung. Kommunisten passen den Herrschenden nicht. Darum werden sie unterdrückt.

Auch ohne Parteiverbot soll die Partei aus der Öffentlichkeit verschwinden. Aber so wenig das Verbot der Partei den Kommunisten geschadet hat, so wenig wird die Unterdrückung der kommunistischen Zeitungen der Bourgeoisie nützen.

Eine antibolschewistische Geste.

Die Meldung, daß ein Exorzismus auf der Straße in Moskau in die Luft gesprengt worden sei, wobei angeblich verdächtige politische Persönlichkeiten tödlich verunglückt seien, entspringt als eine aus der Luft gegriffene Zeitungsente. Aus Moskau wird gemeldet, daß alle Züge von und nach Riga fahrplanmäßig gefahren sind.

Ein Gruß aus Rußland.

An die politischen Gefangenen des Groß-Strelitser Gefängnisses in Oberschlesien

Wir, eine Gruppe von Arbeitern und Angestellten der Stadt Orlowa, Weichland, Sozialistische Sowjetrepublik, haben durch den Genossen Buchwalter, der aus Eurem Gefängnis befreit worden ist und unsere Stadt in Angelegenheiten der „Internationalen Roten Hilfe“ besucht, über Eure Lage erfahren.

Wir wußten bereits vorher aus den Zeitungsberichten, in welcher Lage sich die politischen Gefangenen in kapitalistischen Ländern befinden. Besonders aufmerksam beobachteten und beobachtet wir, was in dem uns nächst gelegenen Lande — in Deutschland — vorgeht. Wir folgten die ganze Zeit aufmerksam jedem Schritt des deutschen Proletariats und durchlebten mit ihm seine Leiden und Freuden.

Als die Arbeiter Eures Landes im Herbst vorigen Jahres von der Revolutionswoge hochgetragen wurden, da schien es uns, daß Ihr nun das erlebt, was wir im Oktober des Jahres 1917 erlebten. Unsere Pulse schlugen rascher, unsere Gedanken arbeiteten fieberhafter und mit heiligem Schauer erwarteten wir Euren „Oktober“.

Leider müßte Ihr vorübergehend den Rückschlag antreten. Ihr zagt Euch zurück, um später mit größerer Kraft und Kühnheit Euch in den Kampf, in das „letzte Gefecht“ zu stürzen.

Es ist uns bekannt, daß die Bourgeoisie Eures Landes, gleichwie in den meisten kapitalistischen Ländern die Nähe ihres Unterganges föhlt, sich mit unerhörter Wut, mit Unterjochung und Gewalttaten auf die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bauernschaft geworfen hat. Es ist uns bekannt, daß sich die Kerker der bürgerlichen Länder mit jedem Tag mehr mit politischen Gefangenen füllen, das letztere sich in einer fürchterlichen, menschenunwürdigen Lage befinden, daß sie außer dem moralischen Joch auch fürchterlich physische Foltern ertragen müssen, daß die Familien dieser Gefangenen ihrem Schicksal überlassen sind und sich gleichfalls in einer verwerflichen Lage befinden. Die Werkstätten der Sozialisten lesen mit tiefstem Schmerz und Mitleid jede derartige Mitteilung.

Wir, die wir den unerhörten Druck der zaristischen Gewaltherrschaft und des Absolutismus an uns erfahren haben, die wir alle Herrlichkeiten der Gendarmen erlebt haben und

heute frei sind und die volle Möglichkeit haben, unser Leben nach neuer, kommunistischer Weise aufzubauen, — wir können uns schwer mit dem Gedanken abfinden, daß es irgendwo in der Welt Brüder gibt, denen das fehlt, was wir besitzen, darunter auch das wichtigste, die menschliche Freiheit.

Und obgleich wir selbst materiell noch nicht ganz sicher gestellt sind, so haben wir beschlossen, Euch wenigstens etwas Fiskus zu erweisen. Euch wenigstens durch irgend etwas fühlen zu lassen, daß Ihr nicht allein steht, daß wir Eure Gedanken, daß wir mit Euch leiden und daß wir auch bereit sind, Euch zu helfen.

Diese Tätigkeit — den politischen Gefangenen Hilfe zu erweisen — erfüllt bei uns die Organisation der „Internationalen Roten Hilfe“. Auch in unserem Kreis besteht eine derartige Organisation. Sie ist zwar erst vor Kurzem organisiert worden, aber da diese Idee bei den breiten Massen der Werktätigen populär ist, so wächst die Organisation schnell und behut sich stark aus.

Wir haben beschlossen, mit irgendeinem Kerker des uns nahegelegenen kapitalistischen Landes in Verbindung zu treten, um die Möglichkeit zu besitzen, in unmittelbarer Beziehung zu stehen und unmittelbar Beistand zu erweisen.

Die Anwesenheit des Genossen Buchwalter in unserer Stadt brachte uns auf den Gedanken, das Protektorat über Euch zu übernehmen. Wir wüßten gern genauer erfahren, in welcher Lage Ihr und Eure Familien sich befinden und welche Art Beistand Euch am meisten nützlich wäre. Wir werden mit großem Interesse allen Details Eures Lebens folgen und uns bemühen, möglichst oft mit Euch zu korrespondieren. Versucht uns möglichst schnell zu antworten. Schreibt uns in der Sprache, die Euch am bequemsten und leichtesten fällt, an die Adresse: Stadt Orlowa, Weichland, Sozialistische Sowjetrepublik, Orskinski Pereulok, Dom Gurewitsch gr. 5, G. Gläker (Ostlicher).

Laßt den Mut nicht sinken, unsere Kameraden bei Euch! Eine Gruppe von Arbeitern und Angestellten der Stadt Orlowa.

Weißer Terror in allen kapitalistischen Staaten.

71 Jahre 5 Monate Kerker.

Das Schwurgericht in Altona bei Hamburg hat gegen 31 Wandsteter Genossen, die angeklagt waren, an dem Sturm auf eine Wache sich beteiligt zu haben, Feststrafen von 3 Jahren und mehr gefällt.

Unser Hamburger Bruderblatt schreibt dazu: Von den vielen Hunderten, die während des Hitlerputsches schwerbewaffnet durch die Straßen Münchens zogen und die Polizei wie die Bevölkerung terrorisierten, haben sich nicht ein einziger angeklagt worden. Wenn Studenten und Schüler aus Uebermut sich an bewaffneten Putz beteiligten, hat die Klassenjustiz nur ein nachsichtiges Lächeln. Wenn Familienväter das graue Hungerelend nicht länger ertragen können und gegen die Macht haben, die alles Geld verksuldet haben, die unbewaffnete Hand erheben, wirft sie die Klassenjustiz auf Jahre in den Kerker.

Durch die ganze Arbeiterklasse wird auf dieses harte Urteil hin nur ein Schrei der Entrüstung gehen. „Heraus mit den politischen Gefangenen!“ wird jetzt der Ruf einer jeden Arbeiterversammlung sein. Es wird Ehrenpflicht eines jeden sein, die Opfer der weißen Justiz mit dem letzten Scherflein zu unterstützen. Die Sammlungen für die „Rote Hilfe“ sind die beste Antwort auf diese Klassenjustizurteile, solange es nicht möglich ist, die revolutionäre Erbitterung in die Tat umzusetzen.

Selbstmord eines gefangenen Genossen.

In der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag erhängte sich im Justizgebäude zu Jena der seit Mitte April in Untersuchungshaft gehaltene Genosse Kummerfeld aus Angenau. Genosse Kummerfeld wurde verhaftet, weil er angeblich an dem Mord an dem Anwärter Jonas beteiligt sei. Trotzdem keinerlei Beweise gegen ihn vorliegen, wurde er immer noch in Haft gehalten. Sein gesundheitlicher Zustand war bereits durch die lange Haft derartig schlecht, daß seine Ueberführung ins Lazarett notwendig gewesen wäre. Jetzt nach dem Tode Kummerfelds muß der Staatsanwalt selbst erklären, daß für seine Verurteilung an der Mordthat keinerlei Beweise vorliegen, daß er lediglich wegen seiner politischen Betätigung in Haft gehalten wurde und daß man die Absicht hatte, ein Landesverratsverfahren gegen ihn zu eröffnen.

Die Beerdigung des zu Tode Gefolterten.

In Hagenow fand am Sonntag die Beerdigung des Genossen Kummerfeld statt. Die Hagenower und Schweriner Arbeiterklasse gab dem im Gefängnis zu Schwerin zu Tode gefolterten Genossen das letzte Geleit. Im Grobe sprach der Genosse Tuschinski in der nach Tausenden zählenden Menge und sagte die Klassenjustiz der Ebertrepublik des Nordes an diesem sowie den tausenden übrigen „Mistartem“ an. Die mallehaste Beteiligung an dieser Beerdigung war zu gleicher Zeit ein Protest gegen die unerhörten Verfolgungen der revolutionären Arbeiterklasse und der brutalen Klassenjustiz, die urzeit in der „freiesten Republik“ der Welt gegen die Arbeiter wütel.

Der 1. Mai im Gefängnis zu Sofia.

Der 1. Mai wurde auch im Gefängnis Sofia gefeiert. Die Gefängniswerkstätten waren leer, ca. 300 politische Gefangene, Kommunisten, Anarchisten und Bauernkämpfer veram-

mellen sich im Hofe des Gefängnisses und sangen unter den Klängen des Dudelsacks revolutionäre Lieder. Die Gefangenen vergaßen auch die Familien der Gefangenen nicht und sammelten unter sich ca. 100 Gewa, welche dem Komitee der „Roten Hilfe“ überwiesen wurden. Als Demonstration wurde an diesem Tage auch ein einseitiger Hungerstreik aller politischen Gefangenen durchgeführt, an dem sich auch andere kriminelle Gefangenen beteiligten. Überall auf die Zellen, auf die Tische usw. wurden Zettel mit folgenden Aufschriften geklebt: „Wir fordern unsere Freiheit! Heraus mit der vollen Freiheit! Weiter mit der Schwindelmacht!“

Ein Konterprozeß in Florenz.

Vor dem Schwurgericht in Florenz hat ein Prozeß gegen 132 Arbeiter begonnen, die angeklagt sind, Lastautomobile mit Polizei, die einen Streik unterdrücken wollten, aufzufahren und umzuwerfen zu haben. Diese Vorgänge ereigneten sich in dem Städtchen Empoli und liegen bereits zwei Jahre zurück. Empoli hat 8000 Einwohner, davon wurden 400 Arbeiter verhaftet und bis heute in Untersuchungshaft gehalten. Vier Tage lang vor Beginn des Prozesses erhielten die Angeklagten weder Lebensmittel noch Wasser und wurden durch die Gendarmen aufs Gemeinste mißhandelt, um sie dadurch der Anklagebehörde gefügiger zu machen. Unter diesen bedauerenswerten Menschen befinden sich noch halbe Kinder, Kranke und Lahme, die in Folge der während der Untersuchungshaft angetretenen Torturen ihrer Sinne schon nicht mehr mächtig sind. Die Angeklagten werden in besonders angefertigten Raubtierkäfigen dem Gericht vorgeführt. In einem solcher Käfige befand dieser Tage ein Gefangener einen schweren eisenklügeligen Anfall, was den Gerichtshof aber nicht hinderte, die Verhandlungen fortzuführen. Es befindet sich unter den vor Gericht stehenden Personen auch ein Mädchen, das mit 14 Jahren verhaftet wurde und heute infolge des jahrelangen Aufschlusses im Gefängnis sich zu einem pathologischen Monstrum entwickelt hat.

Ueber dem falschlichen Italien liegt die Nacht des Grauens . . .

Die Gleichheit in der Stimmerepublik.

Hitler und seinen in Landsberg inhaftierten Genossen Kriebel und Weber geht es im übrigen nicht schlecht. Es steht jedem von ihnen ein eigenes Zimmer und allen dreien ein gemeinsamer Raum zur Verfügung, in dem sie speisen und Besuche empfangen können. Die Herren haben jeweils Stunden Besuchszeit in der Woche und können täglich 5 Stunden spazieren geben.

„S.-S. am Mittag“, 9. April 1924.

Mar Solis hält sich in einem acht Schritt langen und drei Schritt breiten Raum auf, dessen Fußboden zementiert ist. In dieser 27 m² herrscht ständig eine Kälte, die seinem Rheumatismus sehr schädlich ist. Außerdem ist der ständige Aufenthalt in einem solchen Torso für einen nervenkranken Menschen eine wahre Tortur. Gehäbe darf Solis nur alle drei Monate und nur für fünf Minuten empfangen.

Aus einem Bericht des Rechtsanwalts.

Organisiert die Rote Hilfe in allen Betrieben!

Aus der Provinz. Generalversammlung der Produktiv-Genossenschaft.

Am 18. Juni fand in kleinen Saale des Schlewerder die Generalversammlung der Produktiv-Genossenschaft mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftsbericht, Referent: Genosse Schöcher;
2. Berichtigung der Bilanz.

Die Generalversammlung war nur mäßig besetzt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Genosse Schöcher aus: Die Produktiv-Genossenschaft hat hinter sich nur einundzwanzig Monate, die für uns als Genossen sehr oft bestimmend, aber doch nicht entscheidend gewesen sind. Eine Entscheidung für unsere Genossenschaft wie die unsere, die mit der Arbeiterpartei in engster Verbindung steht, kann nur dann von Bedeutung sein, wenn sich diese Entscheidung auf die Arbeiterpartei selbst erstreckt. In allen Vorstufen der letzten Zeit war dies nicht der Fall, denn die Arbeiterpartei ging stets als Siegerin aus den auf sie eindringenden gewaltigen Stürmen hervor und so sind auch alle Maßnahmen der Behörden unserer Genossenschaft gegenüber als nichts anderes als Niederlagen unserer Gegner anzusehen. Rechner schäbte die ungeheure wirtschaftlichen Erschütterungen der Genossenschaft durch die Inflationsperiode, die erfüllt wurden durch die freien Verträge unseres Verlagsbüros „Schleifische Arbeiter-Zeitung“ seitens der Behörden. Hinzu kam noch die vollständige Liquidation unseres Druckvertriebes durch den Breslauer Volkspräsidenten, der unsere Druckmaschinen mit schweren Eisenketten festsetzte. Schließlich wurde der Betrieb der Produktiv-Genossenschaft vollständig stillgelegt und endlich am 21. Dezember 1923 gelöst das unglücklichste der Militärbeschlüsse über die Produktiv-Genossenschaft überhaupt auf.

Diese Maßnahmen, die wohl in der ganzen Welt als brutaler Eingriff in das Handelsrecht einzig dastehen, gibt Veranlassung, näher auf die folgenden Verhandlungen einzugehen. Die zwischen den Behörden und der Produktiv-Genossenschaft bzw. deren Beauftragten geführt wurden. Auf die Gewaltmaßnahme des Militärbeschlusses folgte am 3. Januar d. J. unsere sofortige Beschwerde bei dem Staatsgerichtshof.

Dem Amtsgericht zu Breslau kam allerdings diese Beschwerde nicht so einfach wie dem Militärbeschlusse vor. Die Vertreter der deutschen Reichsregierung wußten, daß alle diese Formalitäten zu erledigen sind, wenn man schon das Recht beugen will. Das Vorstandsmitglied Oswald Scholz erhielt am 4. Januar eine Aufforderung, die Aufhebung der vom Militärbeschlusse angeordneten Genossenschaft binnen zwei Wochen bei Vermeidung einer Geldstrafe von 100 Reichsmark persönlich anzukommen. Eine gleiche Aufforderung erhielt das Vorstandsmitglied Alfred Dohner, der sich in Haft befand, ins Gefängnis zu begeben, ebenfalls unter Strafandrohung von 100 Reichsmark, wenn er dieser Aufforderung nicht nachkomme. Am 12. Januar folgte die Mitteilung des Amtsgerichts, daß die Aufhebung der Genossenschaft durch den Militärbeschlusse in das Genossenschaftsregister eingetragen sei.

Im Schreiben unseres Rechtsvertreters sagte dem Amtsgericht, daß der Vorstand die Annullierung der Aufhebung bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes auf die eingereichte Beschwerde ablehne. Am 21. Januar begann sich das Amtsgericht, daß es nach dem Gesetz unmöglich ist, eine Genossenschaft ohne weiteres aufzulösen. Es forderte deshalb in einer Schrift abgezeichnete Vorstandsmitglieder auf, Liquidatoren zum Register anzumelden, bei Vermeidung einer Strafe von 100 Reichsmark.

Bis zum 23. Januar war weder die Produktiv-Genossenschaft noch deren Rechtsvertreter in Besitz einer Abschrift des Aufhebungsbeschlusses, obgleich die in Frage kommenden Behörden mehrmals an die Zustellung erinnert wurden, dafür traf am 25. Januar vom Staatsanwalt Hesse ein Schreiben an unseren Rechtsanwalt ein, in dem dessen Aktivlegitimation angezweifelt wurde.

Am 1. Februar 1924 erinnerte sich das Amtsgericht, daß die Produktiv-Genossenschaft durch drei Vorstandsmitglieder vertreten wird und deshalb erhielt auch der Referent, Genosse Schöcher eine Aufforderung, Liquidatoren zu bestellen bei einer Strafandrohung von 150 Reichsmark im Unterlassungsfall. Genosse 3. legte Beschwerde ein und berief sich auf das vom Amtsgericht anerkannte Statut der Produktiv-Genossenschaft, nach dem er sich strafbar machen würde, wenn er als einzelne Person Liquidatoren ernennen würde. Dies führte zur einer Generalversammlung zu, die aber infolge der erfolgten Auflösung der Genossenschaft durch den Militärbeschlusse nicht stattfinden konnte. Dieser Aufforderung folgte am 6. Februar eine weitere mit einer Strafandrohung von 150 Reichsmark. Genosse 3. erwiderte darauf, daß er sein bereits abgegebenes Schreiben nochmals unterzeichnete und sich durch die Auflösung der Genossenschaft als seines Postens entbunden betrachtete. Die Bestellung der Liquidatoren lehnte er ab. Eine erneute Aufforderung erhielt ebenfalls Genosse Scholz mit Strafandrohung von 150 Reichsmark.

Am 23. Februar wurde die einstimmig über die Zwangsverwaltung und Verkauf der Vermögensgegenstände mit insgesamt 300 Reichsmark und 24 Mark Kosten für vorüberdauer erklärt. Genosse Dohner bestand sich noch immer im Widerstand, konnte also selbst wenn er es gewollt hätte — der amtgerichtlichen Aufforderung nicht nachkommen. Trotzdem wurde er verurteilt und die Strafe für vollstreckbar erklärt.

Schließlich am 3. März, also zwei Tage nach Beendigung des militärischen Ausschusses, traf bei unserem Rechtsanwalt der Entscheid des Staatsgerichtshofes ein. Er lautet:

„Die Beschwerde wird als unzulässig verworfen.“

Gründe:
Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. September 1923 in der Fassung der Verordnung vom 23. Dezember 1923 ist gegen die auf Grund dieser Verordnung angeordnete Veräußerung des Militärbeschlusses eine Beschwerde an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik nur insoweit gegeben, als die Verfügungen entweder ein Recht regelmäßig erwerbender Staatsbürger verletzen oder Verfügungen betrieblicher Freiheit anerkennen, in welcher letzteren Falle die Feststellung sich mit der entsprechenden Anwendung des Grundgesetzes vom 1. Dezember 1918 ergibt, wobei an Stelle des Reichspräsidenten der Staatsgerichtshof getreten ist. Da keine dieser Fälle hier vorliegt, ist die Beschwerde unzulässig.

Aus diesem juristischen Standpunkte, daß nur geborene Juristen der deutschen Republik verstehen, geht hervor, daß die Beschwerde vom Staatsgerichtshof als „unzulässig“ verworfen wurde. Es gibt in Deutschland überhaupt keine Stelle, die in dieser Weise, d. h. durch die Verurteilung der Genossenschaft, die in der Tat eine Genossenschaft ist, zu entscheiden, wie sie vom Generalversammlung der Genossenschaft gegenüber unserer Verurteilung getroffen wurde.

Der Verurteilung steht also nichts anderes übrig, als die Genossenschaft vor unzulässigen Behörden bewahren wollen und nachdem auch der Rechtsvertreter keine Möglichkeit gegen diese Genossenschaft erklärte, am 8. April Liquidatoren zu bestellen. So stehen sie sich als Liquidatoren eintragen und die Gewaltmaßnahmen der Regierung hatten infolge der Beendigung der Verurteilung der Verurteilung vor größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Genossenschaft ihren Charakter erhalten.

Der Parteitag der bankrotten Betrüger.

(Dritter Tag, Fortsetzung)

Darauf erklärt Dittmann, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht ist. Nachdem Kleiber verzweifelt dagegen gesprochen hatte, daß die Opposition mit der unerhörten Abwägung der Debatte verweigert würde, wird nach wiederholter Ablehnung und Abzählung festgestellt, daß der Schlußantrag mit 136 gegen 131 Stimmen angenommen ist. Nachträglich wird festgestellt, daß die Zähler eine große Anzahl Delegierter, die gegen Schluß waren, einfach nicht mitgezählt hatten.

Wels' Schlußwort: Der Einheit der Partei wird nicht dadurch gebietet, daß durch Korreferat vor aller Welt festgestellt wird, daß in der Partei zwei Richtungen festliegen und die Herrschaft kämpfen. Wenn gewisse Genossen glauben, sich auf dem Parteitag in Nürnberg gemachtes Referat berufen und systematisch eine Opposition organisieren zu können, so geht das zu weit. Die Exorzierung gewisser Personen hat für die Partei keine Bedeutung.

(Festige Zwischenrufe Dittmanns, der beteuert, daß er doch das Recht haben müsse, seine eigene Ueberzeugung zu wahren. Große Unruhe bei der so unerblüht mit dem Sinauswurf behetzten Opposition.)

Wels (fortfahrend): Wir vom Parteivorstand haben von Beschlüssen von der eignen Partei mehr erfahren müssen, als aus dem kommunistischen Lager kommen konnte. Wenn Ihr die Befolgung kommunistischer Parolen höher stellt, als die Einheit der Partei (die folgenden Worte Wels gehen in der großen Unruhe der aufstrebenden Opposition unter). Dem Parteivorstand ist der Vorwurf würdelosen Hinterherlaufs hinter den bürgerlichen Parteien gemacht worden. Und wenn die Dittmann und Genossen stets beteuern, daß sie die Einheit der Partei gewahrt wissen wollen, so habe ich dafür nur ein beschränktes Verständnis. Das wird nur gesagt, um dahinter die Opposition weiter treiben zu können. Vor den Wahlen las man in Oppositionsblättern: „Ser mit der befreiten Niederlage!“ Man wollte die „Bongen“ beseitigen. — Sich den Anträgen zuwendend, wünscht Wels eine Resolution der Partei dahingehend, daß die Anträge besser überlegt werden. Wie kann man z. B. Richtlinien für die nächst einzuführende Politik verlangen? Wer weiß, wie morgen das Wetter wird. Wels spricht für Erledigung der Anträge in Welsch und Bogen.

Hermann Müller, Schlußwort: Die Resolution Dittmann ist ein großes Mißtrauensvotum für Parteivorstand und Fraktion. Der Antrag, der die Ablehnung des Reichswehretats fordert, soll nicht angenommen werden, weil wir sonst unsern Gegnern ein gutes Argument für die gegen uns gerichtete Agitation in der Reichswehr gab. Wir sind stets aus außenpolitischen Gründen in die Reaktion gegangen. Ich stelle fest, daß hier niemand kritisierte, daß wir zurzeit der Regierung Marx das Leben ermöglichen. Man verlangt nicht einmal, daß wir hätten Bedingungen stellen sollen. Wir haben absichtlich keine gestellt. Von meiner Gültigkeit über Stinnes habe ich nichts zurückzunehmen. Es ist uns damals von Gewerkschaften gesagt worden, Stinnes sei nicht der Schlimmste. Gewiß hat Stinnes jetzt den Staat sogar um die Erbschaftsteuer gebracht, indem das ganze Vermögen seine Frau erbt und die Kinder auf die Erbschaft verzichteten. Aber ich bleibe dabei, man soll ihn nicht zum schwarzen Mann machen. Man kann auch nicht sagen, daß die Bourgeoisie die Inflation absichtlich herbeigeführt habe. Man darf nicht so allgemein auf der Bourgeoisie herumhaden. Wenn die Politik der Volkspartei siegt, so können die Deutschnationalen in die Regierung kommen. Aber auch dann müssen wir in engster Verbindung mit den Bürgerlichen bleiben und eine Konstellation herbeiführen helfen, um die Deutschnationalen zu stärken. Ich habe den Thüringern schon in Göddi die Koalitionspolitik empfohlen, auch sie werden es lernen müssen. Als Kandidat bei einer eventuellen Neuwahl des Reichspräsidenten kommt nur unser Ebert in Frage.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen und einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, bei der zeitweise große Erregung besteht, wird in namentlicher Abstimmung die Resolution Müller (Koalitionsauflösung) mit 262 gegen 105 Stimmen angenommen. Die Resolution Dittmann ist damit erledigt. Der Antrag, den Reichswehretat abzulehnen, wird mit 249 gegen 94 Stimmen abgelehnt. Die SPD bewilligt also nach wie vor den Reichswehretat.

Die Anträge werden in Welsch und Bogen nach den Vorschlägen Müller und Wels erledigt, so daß Dittmann be-

kanntgeben mußte, daß den Delegierten noch eine Zusammenstellung gehen werde, damit sie wissen, was eigentlich alles entschieden ist.

Die Ablehnung über den Antrag, daß die Mitarbeit an der Internationalen Arbeiterhilfe unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft in der SPD, wurde auf Sonnabend zurückgestellt, um den Beteiligten Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben.

In der Nachmittags-Sitzung erhielt Buchnik als Berichterstatter der Kommission zur Beilegung der sächsischen Differenzen das Wort. Der Kommission gelang es, zwischen der sächsischen Mehrheit und Minderheit eine Verständigung zu erzielen und zwar auf folgender Grundlage:

Die Entscheidung über Regierungsbildung und politische Abstimmung trifft die Landtagsfraktion.

Wenn es technisch möglich ist, sind die Bundes- bzw. Bezirksinstanzen von den Entscheidungen in Kenntnis zu setzen.

Die Landtagsfraktion ist den Landesparteitagen gegenüber verantwortlich und hat deren Beschlüsse durchzuführen.

Die Beschlüsse der Landesparteitage können jedoch vom Parteivorstand suspendiert werden bis zur Entscheidung des nächsten Parteitages.

Diese Grundlage ist von beiden Parteirichtungen angenommen worden, die bereits eine gemeinsame Sitzung über die zukünftige Politik abgehalten haben. Es wird einmütig anerkannt, daß mit den Kommunisten nicht mehr zusammengearbeitet werden könne und daß alles getan werden muß, um die sächsische Regierung nicht in die Hände der Reaktion gelangen zu lassen.

Der Parteitag sanktioniert einstimmig diese Entscheidung.

Darauf berichtet Lipinski als Berichterstatter der Statuten-Beratungskommission. Eine weitgehende Statutenänderung liegt vor, die als wichtigste Neuerung die Bestimmung enthält, daß der Parteivorstand das Recht habe, Ausschüsse selbständig vorzunehmen in folgenden Fällen:

1. Wenn ein Parteimitglied anderen politischen Organisationen angehört.

2. Wenn es eine andere politische Organisation oder deren Zeitungen finanziell oder durch literarische Beiträge unterstützt.

3. Wenn es an der Bildung einer organisierten Opposition teilnimmt oder Zellen bildet.

4. Wenn es gegen die Partei einen Kampf führt.

Die SPD will Zellen in unserer Partei bilden. Wir müssen aufpassen mit dem Mißtrauen in unserer Partei. Die Anträge beweisen, daß ein Zug des Mißtrauens durch unsere Partei geht, dessen Neuerungen stark an die Parolen der Kommunisten erinnern. Da die enge Zusammenarbeit zwischen Partei und freien Gewerkschaften über die Mannheimer Resolution hinaus zu einer noch engeren Verbindung führen wird, müssen Vorkehrungen gegen die kommunistische Zellenaktivität getroffen werden. Ist so ein Parteischädling festgestellt, so können wir nicht auf die Erledigung eines ordentlichen Ausschlußverfahrens warten, sondern müssen ihn mit sofortiger Wirkung ausschließen.

Deus - Dessau wünscht eine deutsche Labour-Party.

Ludwig Berlin: Was Deus gesagt hat, darf nicht ohne weiteres beiseite gelegt werden. Wir brauchen Selbstschutz vor Elementen, die planmäßig unsere Organisation zerstören wollen. Schritte, die innerhalb unserer Organisation im Auftrag einer anderen Partei arbeiten, müssen hinaus. Wir werden in Ortsgruppen Anträge auf geschlossenen Uebertritt zur SPD gestellt. Solche Antragsteller müssen hinaus.

Ein Vertreter der Opposition spricht gegen die Statutenänderung, und gegen die ungeheure Machterweiterung des Vorstandes. Er bestreitet Ludwig das Recht zu seiner Sprache, da man ihn in Halle an den Armen halten mußte, daß er nicht zu den Kommunisten lief. Auch wir sind nicht gewillt, Lumpen in der Partei zu lassen. Man kann sie in ordentlichem Verfahren loswerden. Aber wir lehnen den Entwurf ab, weil die Gefahr besteht, daß man ihn denkt, um mißliebige Parteigenossen aus der Partei zu entfernen.

Darauf wird wieder die Debatte brutal abgewürgt trotz des Gequielches der „Opposition“, die nicht einmal auf Auszählung und Feststellung der Zweidrittelmehrheit besteht, sondern sich ergibt, als Wels feststellt, daß die Statutenänderung mit großer Mehrheit angenommen ist.

Wels verlagert darauf den Parteitag.

Resolution.

Die am 15. Juni 1924 im Saale des Schlewerder stattfindende Generalversammlung der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Sitz Breslau, nimmt Kenntnis von ihrer durch den Militärbeschlusse während der großen Kommunistenverfolgung des vorigen Jahres erfolgten Auflösung. Sie erblidet in dieser Maßnahme einen in der bisherigen Rechtspflege beispiellosen Gewaltstreik, der den deutschen Regierung den Stempel der Willkür aufdrückt.

Die Generalversammlung stellt fest, daß sich die Produktiv-Genossenschaft als rein wirtschaftliche Handelsorganisation nie politisch betätigt, daß aber Organe der Regierung jeden Beweis zur politischen Organisation stampellen, um ihrem Machtdünkel freien Lauf lassen zu können.

Die Produktiv-Genossenschaft wurde durch einen erbärmlichen Machtspruch aufgelöst. Die Generalversammlung verurteilt diese erbärmliche Maßnahme, weil sie nicht diese als Zeichen der Stärke der herrschenden Klasse, sondern als Schwäche erlennt. Sie ist fest überzeugt, daß die Regierung kein Mittel finden wird, die kommunistische Bewegung zu verbieten.

Die Produktiv-Genossenschaft wurde aufgelöst — aber die Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft können nicht bestraft werden. Sie geloben am heutigen Tage, der in der Geschichte Deutschlands als Schandmal gezeichnet ist, den Weg zu gehen, der dem deutschen Proletariat von der unsterblichen Führerin Rosa Luxemburg gezeigt wurde.

Somit, am Tage der Bestattung unserer gemeinsten Rosa Luxemburg erneuern wir unser Bekenntnis zur proletarischen Weltrevolution.

Die Produktiv-Genossenschaft wurde durch Rechtsbruch der Regierung liquidiert, nicht liquidieren kann sie die Gedanken der Genossenschaftler und deren Glauben an den Sieg des revolutionären Proletariats.

Das zweite und letzte Genosse 3. die im Interaktions...

Sammelt für die gemahregelten Bergarbeiter!

An alle Ortsgruppen.

Die den Ortsgruppen zugegangenen Kongresskarten müssen sofort abgerechnet werden. Selbstträge sind sofort einzulösen.

Bergarbeiterfraktionskonferenz der R. J. Schlesiens.

An alle Genossen in Schacht und Stiel! Die Kommissarische Jugend beruft für Sonnabend, den 21. Juni, abends 7.30 Uhr eine Bergarbeiter-Jugend-Fraktionskonferenz nach Waldenburg...

Alle Jugendoblate des R. J., die Kommunisten sind, müssen erscheinen.

Tägliche Fiasco der Faschisten in Liebau.

Wichtige Gegendemonstration der Arbeiterschaft und revolutionäre Bedenker. Schon lange rüsteten die Stahlhelmer am Orte zu einer Bannerweiche und alarmierten die umliegenden Kompagnien nach Liebau...

der Annahme des Sachverständigen-Gutachtens, über die Rolle der SPD, die die Stille bildet für diese kapitalistische Gesellschaftsordnung...

Die Wucht der Gegendemonstration war so groß, daß die Stahlhelmer bei ihrem Wegzug aus dem Ort kamen und mancher mit uns die Internationale sang...

Opelner „Reinigtellen“.

Fünf Fürsorgekinder aus einer Erziehungsanstalt entflohen, so meldete kommentarlos eine hiesige bürgerliche Zeitung vor einigen Tagen...

Der beste Schütze beim letzten Schießen der Schützen ist der Oberleutnant Grabowski gewesen, so meldet freudestrahlend die „O. Z.“...

Ost und Ost spielen sie über den Bauernkongress. Das, was ein Genosse am Schluß des Kongresses angeführt hatte, bestätigt sich schon...

Unternehmerwillkür im Gängeverl Brauner, Sabelschwert.

Ein Arbeiter schreibt uns: Angeblich wegen Geld- und Arbeitsmangel wurden die Hälfte der Arbeiter und die drei Betriebsratsmitglieder...

Relig. Zentrum und Faschismus. Die weltliche Zentrum schon dem Faschismus verfallen ist, dafür liefert einen Beweis der Kaplan Rascha, der sich seit einigen Monaten bei seinem Schwager, dem Bürgermeister Dr. Höstlich...

Die Arbeiter in Relchth sind sich für das Zentrum, das sich in Relchth befindet und dafür sorgen, daß ihm das Zentrum...

Berlinungs-Kalender.

- Breslau. Wir bitten alle Genossen der Ortsgruppe, die nach im Besitz von Mitgliedsbüchern sind, diese sofort in der Buchhandlung Trebnitzerstr. 50, abzugeben...

Bilanz der Produktiv-Genossenschaft für das Geschäftsjahr 1923.

Table with columns: Einnahmen (Anteile, Zuschüsse u. Darlehen, Rückvergütungen, Diverse, Druck, Abonnement, Inserate, Hauskonto) and Ausgaben (Druckpapier, Vöhne, Versicherungsbeiträge, Inventar, Licht, Kraft u. Heizung, Handlungsunkosten, Redaktionsunkosten, Inserat- u. Abonnement-Unt., Porto und Diverse, Hauskonto, Betriebsunkosten, Saldo).

Die billigste Einkaufsquelle für die arbeitende Bevölkerung ist und bleibt das Zigarrenhaus Schwarz & Comp.

Hindenburg, Bahnhofstraße Nr. 4. Beachten Sie bitte die 3 Schaufenster.

Wohnungstausch Breslau-Kösel bei Breslau.

Tausche meine 2-Zimmer-Wohnung nebst Küche u. Zubehör, elektrisches Licht, Stallungen, Schrebergarten, Grünzusage, gegen 1 oder 2-Zimmer-Wohnung in Breslau Zentrum oder Nikolaitor. Anfragen an die Expedition...

Anzüge modern u. billig, Reihhaus Trebnitzerstr. 21.

Verkauf eines wahren Menzingerandes verjährt Schrift. Die Verfertigung der Schwammschiff. Unendlich viel Segen durch ein schon gewohnt unendlich viel Unheil und Kummer verhindert worden. Manerhändler, mit vielen Bildern versehen. Preis 30 Pf. in Briefmarken vom Verlag Gebhardt Grimm, Urm-Damm Hannover. 437

Schallplatten Bergmann.

Spezialgeschäft - Tauschzentrale. Karstplatz 1, II. Ebg. Schallplatten 120, 200 und 250. Neueste Aufnahmen stets vorrätig. Tausche auch jede spielbare Platte in eine andere bei Zahlung von 20 Pf.

Wir empfehlen:

- Die Totengräber Deutschlands Pr. 1,-
Lenin von Sinowjew 1,-
Pfaffenpiegel, geb. 3,50
Spartakusbrieft 1,-
Das Maß ist voll 0,30
Marxismus u. Sozialisierungstheorie 1,50
Deutschland eine Kolonie von Pawlowski Preis 0,50
Metall der Toten, brosch. Roman 3,50
Terrorismus und Kommunismus von L. Trotzki 4,50
Der Krieg und Internationale von L. Trotzki 0,25
Das Kapital von Kar. Marx 3,50
Massenstreik v. Rosa Luxemburg 1,40
Die Rebellen von P. E. Dybenko 1,80
Die Lehren des Bürgerkrieges von L. I. Gessow 2,50
Der Aufstieg der roten Armee in der Revolution von Antonow-Owsejensko 0,75

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien.

Breslau, Trebnitzer Strasse 50, Abl. Buchhandlung.

Wollen neuen Leser, Genosse!

Amtsgericht Breslau, 12. Januar 1924.

In das Genossenschaftsregister ist bei der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, hier (Str. 309 des Registers) am 12. Januar 1924 folgendes eingetragen worden:

Amtsgericht Breslau, 8. April 1924.

In das Genossenschaftsregister ist bei der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Breslau (Str. 309 des Registers) am 8. April 1924 folgendes eingetragen worden:

Neuer Deutscher Verlag Zweigabteilung Schlesien.

Sichel und Hammer ist bald vergriffen. Solortige Bestellungen erbeten an Max Zschocher, Breslau, Friedrichstr. 4.

Bilanz der Produktiv-Genossenschaft für das Geschäftsjahr 1924 bis einschl. 8. April.

Table with columns: Einnahmen (Abonnenten-Konto, Inseraten-Konto, Druck-Konto, Konto-Diverse) and Ausgaben (Unkosten-Konto, Lohn-Konto, Druckpapier-Konto, Konto-Diverse, Buchhandlungs-Konto, Haus-Konto, Kasse-Konto-Bestand, Postisch-Konto-Bestand). Includes Gewinn und Verlust section.

Landshut. Ein Geschäftsmann, der auf Arbeit und Geschäft verzichtet, ist der Kaufmann Wolf, Bahndirektor. Gelegenlich einer Aussprache über das Wahlresultat bezeichnete dieser Herr in Gegenwart von 6 Zeugen die Kommunisten für Lumpen und Stroche. Dabei muß festgestellt werden, daß dieser Herr seine heutige Stellung als fröhliche Kunde verdankt. Wir sind nicht im Bilde, aus welchen besseren Schichten sich die Kunden dieses Arbeiter-reichens zusammensetzen. In den Auslagen zu urteilen, werden es aber bisher nur Proleten gewesen, die dem Herrn die Kritik zur Beschimpfung ihrer Klagenossen geschenkt haben. Den klauenbewußten Arbeitern und Frauen aber tun wir zu. Meidet solange dieses Geschäft, bis dieser Herr eine schweren Beleidigungen zurückgenommen und Demut gezeigt hat.

Königsst. Ein Herz und eine Seele. Was die Sozialdemokraten wert sind, konnte jeder Arbeiter in der ersten Sitzung der neugewählten Gemeindeverwaltung feststellen.

Als es zur Schöffenwahl kam, hatten sich Sozial und Bürgerliche auf einer Liste gegen die zwei verfluchten Kommunisten verbündet. Es lag großartig aus. Den Herrn Direktor der Vorkassentafel, welcher zwei Tage vorher erst erklärt hatte, in vier Wochen werden die Arbeiter etwas erleben, wischen einem auch Sozial und einem sogenannten alten, erprobten Klassenkämpfer sitzen zu sehen.

Arbeiter von Königsst. wacht endlich auf aus eurem Schlaf, wendet euch ab von solchen Leuten, werbet Kommunisten. Dann wird diesem Spul bald ein Ende gemacht werden.

Jentow. Für kommunistische Versammlungen gibt es keinen Saal. In Nr. 56 unserer Zeitung berichteten wir von einem großen Tag in Jentow anlässlich eines Kaffeefestes. Am letzten Sonnabend wollten unsere Genossen dort im Ort eine öffentliche Versammlung abhalten, der Gastwirt erklärte aber, für Kommunisten gibt es den Saal nicht, eher schlägt er alles kurz und klein. Wir sind der Meinung:

auch derartige Mägen werden den Gang der Geschichte nicht aufhalten, und auch Jentow wird bald eines anderen befehrt werden.

Satrau, Kreis Oppeln. Eine feine Blüte im Kreis der Zentrumleute ist der herrliche Bäckermeister Buch. Er läßt sich doch seine Töchter, die Arbeiter Töchter zu schimpfen und er selbst verbietet den Arbeiterfrauen, das Brot bei ihm zu kaufen. Weiß dieser Mensch denn nicht, daß er von den Arbeitern reich geworden ist und erinnert er sich nicht daran, wie seine Vermögensverhältnisse vor dem Kriege ausahen? Wir werden später noch einmal Gelegenheit nehmen, auf diesen lauberen Herrn zurückzukommen; bis dahin empfehlen wir allen Verdünftigen, die doch hoffentlich in Satrau die Mehrheit darstellen, diesen „Geschäftsmann“ zu meiden, damit er sich davon überzeugt, daß er sich nicht einbilden kann, zu machen, was er will. Wir erlauben daher alle, ihre Einkäufe dort zu machen, wo sie auch als Arbeiter anderen gleich geachtet werden, und nicht bei solchen Wirtshäusern.

Hindenburg

Gebrüder Markus G.m.b.H

Hindenburg O.-S.
Beste und billigste Bezugsquelle
sämtlicher Bedarfs-Artikel

Perls & Söhne
Das billige Restehaus
Günstigste Einkaufsquelle am Platze.
Manufaktur - Modewaren - Gardinen
Kronprinzenstraße 89. - Telephon 254.

BADRIAN & ANGRESS

Hindenburg, Kronprinzenstr. 118
Kleiderstoffe - Leinen
Baumwollwaren

Zigarrenhaus „GlückAuf“

Inh. Johannes Schmilgelo
Hindenburg OS., Dorotheenstrasse 50
Reichhaltiges Lager von sämtlichen Rauchwaren,
Pfeifen, Spazierstöcken, Regenschirmen, Akten-
taschen sowie anderen Lederwaren
Nahme von Regenschirm-Reparaturen

Kaufhaus Peschka

Hindenburg
Kronprinzenstraße 133
Damenputz,
Weiß-, Woll-,
Kurzwaren,
Konfektion,
Manufakturwaren

Eugen Herzka

Hindenburg
Kleiderstoffe und
Gardinen

P Böhme
Hindenburg
Dorotheenstr. 2

Manufaktur-
und Modewaren
Gardinen
Tel. 229

Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
B R E S L A U
Trennitzer Straße 50
Täglich Eingang
von Neuheiten!

L. Boroschek

Hindenburg OS., Dorotheenstr. 5
Grosses Hut- und Mützenlager
Herrenartikel, Wäsche, Strumpfwaren

Hugo Wolff

Mäntel
Hosen
Kleider
Röcke

Hugo Goldmann

Dorotheenstrasse 36
Manufaktur-, Kurz-
und Wollwaren

**Kaufhaus für moderne
Herren- und Knaben-Bekleidung**

Größte Auswahl Billigste Preise
Strumpfner & Co.
Telephon 1172 Kronprinzenstr. 116

J. & G. Proske

Eisenhandlung
Hindenburg
— O.-S. —
Kronprinzenstr. 131

*Schubhaus
A. Goldmann*
Kronprinzenstraße 105
Beste Bezugsquelle
für alle Arten von
Schuhwaren

MAX PNIOWER
Hindenburg, Kronprinzenstr. 92i
Kaufhaus für
Herren-
Konfektion

JACOBSON & COMP.

Fernspruch 1542 Hindenburg Kronprinzenstr. 92 h
Kleiderstoffe, Seiden, Gardinen, Baumwollwaren

Carl Rötering

Kanalstr. 2 HINDENBURG OS. Telefon 1416
Lederwaren, Reiseartikel
Sportartikel, Linoleum
Streng solide Preise

Paul Hajok
Ecke Kronprinzen- und Stollenstraße
Uhren - Gold- und Silberwaren - Optische Brillen
Ausführung sämtlich. in die rasche schlagender Reparaturen

Adolf Czysch

Hindenburg
Kronprinzenstraße 114

**Herren- und
Knaben-Garderobe**
Arbeiter-Bekleidung

Max Himmelfarb

Hindenburg, Kronprinzenstr. 137
Bekleidungs-Haus
für Herren u. Knaben
Anfertigung nach Maß

Nehme
Bestellung
auf moderne
Schlafzimmer, Küchen
einzelne Möbelstücke
sowie
Aufpolierung von Möbeln
Möbeltischlerei
Hindenburg, Dorotheenstrasse 83
Teilzahlung gestattet

**Martin
Zimmermann**
Friedrichstrasse 10
Tel. 1231

Ledergerberei
und Schaffelwerk
sowie sämtliche
Bedarfsartikel
für Schuhmacher
und Sattler

Schuh-Centrale
Max Leuchtmann
Kronprinzenstr. 106



Alleinverkauf der
und Dr.
Lahmann-
Stiefel

Paul Cwienk
Hindenburg OS., Kronprinzenstr. 115
Hüte und Mützen in bester Qualität
sowie sämtliche Herrenartikel

Max Kanzek
Kronprinzenstrasse 145
Elegante Herrenschneiderlei
sowie Konfektion und Herrenartikel

Sächsische Wollwaren

Inhaber N. WOLF
HINDENBURG
Kronprinzen-
Straße
Nr. 115

Schubhaus
L. Gediga
Dorotheenstrasse 24

Beste große Auswahl in
Schuhwaren
aller Art
zu vorteilhaften
Preisen